



IBB-Newsletter Nummer 1 vom 26.10.2015

Die IBB möchte künftig elektronisch über einen einfachen Newsletter über besondere Themen der Brieselanger Kommunalpolitik informieren. Dabei greifen wir insbesondere Sachverhalte auf, über die Sie nichts in der Zeitung lesen können/dürfen oder die besonders eilig oder wichtig sind.

1. Kommunalaufsicht will Brieselanger Haushalt blockieren

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Havelland hat angekündigt, den Haushalt der Gemeinde Brieselang für 2016 so lange zu blockieren, bis die Eröffnungsbilanz für die doppelte Haushaltsführung aus dem Jahr 2011 (!) aufgestellt ist. Damit steht fest, dass die Verwaltung, die jahrelang unfähig war, diese Bilanz analog der anderen Gemeinden in Brandenburg zu erstellen, alle Arbeiten auf dieses Projekt konzentrieren muss. Ein vollständiger Haushaltsentwurf für 2016 konnte dem Hauptausschuss zur ersten Beratung am 14. Oktober 2015 nicht vorgelegt werden. Der Ertragshaushalt wurde präsentiert, eine ordnungsgemäße Beratung scheiterte daran, dass dieser Entwurf den Gemeindevertretern nicht ordnungsgemäß zugeleitet wurde und daher den meisten Gemeindevertretern nicht vorlag.

Mit der Brandenburgischen Kommunalverfassung wurde 2008 die Doppik (doppelte Buchführung ähnlich wie HGB) eingeführt, nach der die Kommunen für Anfang 2011 eine Eröffnungsbilanz erstellen mussten und ab Jahresende jährliche Jahresabschlüsse aufstellen müssen. Bis heute hat sich unsere Verwaltung dieser Pflicht entzogen, es liegt weder eine vollständige Eröffnungsbilanz, noch ein einziger Jahresabschluss seit 2011 vor. Daraus folgt, dass seit 2011 den Gemeindevertretern das Instrument Jahresabschluss zur Kontrolle über die Ausgaben im Rathaus vollständig entzogen ist.

Die Wohnbaugesellschaft Brieselang mbH (WBG), 100%ige Beteiligung durch die Gemeinde Brieselang, entzog sich fast **10 Jahre** ihrer satzungsmäßigen Kontrolle. Die Satzung dieses Unternehmens enthält die Pflicht, dass jeder Jahresabschluss unverzüglich einem Abschlussprüfer vorzulegen ist. Derartige Prüfungen haben sich Herr Lessing als Geschäftsführer und Herr Garn als Bürgermeister und alleiniger Vertreter des Gesellschafters (Gemeinde Brieselang) entzogen. Der Steuerberater, der den Jahresabschluss für die Gesellschaft seit vielen Jahren aufstellt, bescheinigt mit seiner Unterschrift, dass er die Abschlüsse auf Grundlage der geführten Bücher und der ihm vorgelegten Belege und Bestandsnachweise aufgestellt hat, die er **auftragungsgemäß nicht geprüft** hat. Die Kommunalaufsicht sah und sieht hier zum Einschreiten keinen Grund.

Auf der Sitzung der Gemeindevertretung vom 24.04.2013 bestätigte Herr Lessing, dass er in seiner Eigenschaft als Kämmerer für die Kontrolle der laufenden Überwachung aller Beteiligungen und das Risiko-Controlling zuständig ist. Damit kontrolliert der Kämmerer Lessing den Geschäftsführer Lessing der WBG. Das nennen wir echte Kontrolle.

Die Gemeindevertreter haben zur gesetzlichen Kontrolle der Verwaltung und des Bürgermeisters das Recht auf Akteneinsicht. Dieses Grundrecht wird dem Fraktionsvorsitzendem der IBB seit Jahren entzogen. Nur bei Bagatellen wird dieses Recht erteilt, nicht aber da, wo es Indizien gibt, dass schwere Mängel oder Dienstpflichtverletzungen vorliegen könnten. Hier entzieht sich der Bürgermeister seiner Kontrolle durch die Gemeindevertreter.

2. Parteien und die Willkommen-AGs

Auch in der Gemeinde Brieselang hat sich eine Willkommens-AG für Flüchtlinge gegründet, die inzwischen aus mehreren Arbeitsgruppen besteht. Wir finden es gut, wenn sich Menschen ehrenamtlich für andere engagieren und danken den fleißigen Helfern. Wir finden es aber bezeichnend, dass unsere Parteien und die Bürger für Brieselang diese massiv unterlaufen.

Auch unser Bürgermeister, Herr Garn, konnte dem nicht widerstehen. Er genehmigte sich von seinen Parteien eine neue Halbtagsstelle, die für ein Jahr fast 20.000 Euro kosten wird. Das Ziel dieses neu-

en Mitarbeiters nannte Herr Garn in seiner Publikation Willkommen Arbeitsgemeinschaft Brieselang (WAG) Infobrief Nr. 3/2015, Seite 2:

"Sollte diese am 30.09. durch die GV beschlossen werden, soll diese Person neben anderen Aufgaben, die im Zusammenhang mit den Flüchtlingen und deren Unterbringung in der Gemeinde stehen, die Koordination der AGs übernehmen."

In unserem demokratischen Rechtsstaat ist inzwischen fast überall, wo sich Menschen/Bürger in einer größeren Gruppe engagieren, um etwas ehrenamtlich zu organisieren oder zu unternehmen, stets der Staatsapparat / Parteiapparat anwesend um die Republik zentral zu koordinieren und zu kontrollieren.

3. Brieselang und seine Flüchtlinge

In Brieselang wird der Landkreis künftig an vier Standorten Flüchtlingen Quartier verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden, bei denen die Bürgermeister zurückhaltend agieren, hat Herr Garn ein umfangreiches Immobilienverzeichnis erstellt und dem Landkreis übersandt, aus dem sich dieser gern und umfangreich bedient. Dies erspart ihm Zeit, sich auch in anderen Kommunen umsehen zu müssen. Diese Liste ist aber noch nicht vollständig abgearbeitet.

Auffällig bei der Auswahl sind die Standorte:

- Zeestow:
 - Rüstheim der Kirche, 24 Flüchtlinge (befristet bis Januar 2016)
- Brieselang-Nord
 - Herberge Zum Brieselang, 88 Flüchtlinge
 - Geplantes Seniorenheim Thälmannstr., 94 Flüchtlinge
 - Zusätzlicher Aufbau von Container möglich, 60 Flüchtlinge
 - Kirchenland Lange Str., Traglufthalle, 300 Flüchtlinge

Die Entscheidungen zur Flüchtlingsunterbringung sind zentral durch den Landrat getroffen. Herr Michael Koch ist Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion und damit maßgeblicher Mitentscheider im Kreistag, wo auch die Kreistagsabgeordneten Herr Kothe (CDU) sowie Herr und Frau Jütterschenke (SPD) artig alle Entscheidungen des Landrates absegnen. Alle vier sind Gemeindevertreter in Brieselang und fordern hier die Beteiligung der Gemeinde bei den Entscheidungen über die Unterbringung von Flüchtlingen durch den Landkreis, obwohl sie auf Kreisebene genau das Diktat ohne die Beteiligung unserer Gemeinde aktiv unterstützen.

Muss man als Parteipolitiker eine gespaltene Persönlichkeit haben oder warum ignorieren Herr Koch, Herr Kothe, sowie Frau und Herr Jütterschenke im Kreistag, dass sie vom Brieselanger Bürger für die Vertretung unserer Interessen gewählt worden sind?

Ist es nur Zufall, dass alle Flüchtlinge in Brieselang in Zeestow-Dorf und „abgeschirmt“ durch die Eisenbahnlinie in Brieselang-Nord untergebracht werden, wo doch auch an der Pappelallee, fast unmittelbar vor der Haustür von Herrn Michael Koch, politischer Mitgestalter der Flüchtlingspolitik auf Kreisebene, große Freiflächen vorhanden sind?

4. BMX- und Skaterbahn

Herr Garn hat uns im Hauptausschuss darüber informiert, dass die Projekte BMX-Bahn und Skaterbahn Probleme aufwerfen würden. Das Projekt Skaterbahn müsse grundsätzlich neu angefasst werden, bei der BMX-Bahn hätten die Jugendlichen bis auf weiteres ihre Arbeit eingestellt. Wann oder ob sie die Arbeiten wieder aufnehmen, steht aktuell nicht fest.

Wir bleiben für Sie dran – herzlichst, Ihre IBB